

U E N A

**Programmatische
Leitlinien**

Impressum

Parlamentsklub JETZT
Löwelstraße 12/13
1017 Wien

<https://nr-klub.jetzt>

Programmatische Leitlinien für die parlamentarische Arbeit

Bei der Nationalratswahl am 15. Oktober 2017 haben 223.543 Wahlberechtigte die „Liste Pilz“ gewählt. Das sind 4,41% der gültig abgegebenen Stimmen. Eine Viertel Million Menschen hat damit unsere Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit, Kontrolle und Transparenz unterstützt, zum Schutz der offenen europäischen Gesellschaft gegen die nationalistische Rechte, aber auch gegen alle Versuche des „politischen Islams“, den säkularen Charakter unseres Staates zu untergraben.

Als freie Abgeordnete sehen wir uns dem Parlamentarismus nach Art. 56 Abs. 1 Bundes-Verfassungsgesetz verpflichtet, der die Mitglieder des Nationalrates an keinen Auftrag bindet. Niemand wird uns vorschreiben, wofür und wogegen wir uns im Nationalrat zu entscheiden haben. Wir haben uns aber zum Antreten bei der Nationalratswahl über ein gemeinsames Grundverständnis entschlossen. Die Offenlegung dieses Grundverständnisses erleichtert uns eine Zusammenarbeit mit allen – auch außerhalb des Parlaments –, die mit uns gemeinsam Österreich verändern wollen.

Wir halten an der politischen Vernunft fest und betreiben Politik nicht als Unterstützung der wenigen, ohnehin Reichen, sondern zum Wohl aller. Eine Parteinahme für das Allgemeinwohl ist aber nur möglich und geht nur dann über Sonntagsreden hinaus, wenn sie sich der Ursachen von Ausbeutung und Entfremdung,

von Krieg und Armut, Flucht und Verzweiflung, von Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung, Diskriminierung, Rassismus, Chauvinismus und Unterdrückung bewusst wird.

Seit vielen Jahren erleben wir eine Krise des herrschenden Wirtschaftssystems. Verwüstungen der Umwelt, Zerstörung der lokalen Wirtschaftsformen, Kriege und der Zerfall staatlicher Strukturen zwingen Millionen zur Flucht. Das löst in Europa Ängste und Abwehrreaktionen aus.

Das Wirtschaftssystem führt auch zur rücksichtslosen Ausbeutung der Ressourcen. Wir stehen vor epochalen, den gesamten Planeten bedrohenden ökologischen Problemen, von der Belastung der Nahrungsmittel durch Gifte über die Langzeitwirkung des atomaren Mülls bis zu folgenreichen Veränderungen des Klimas durch übermäßigen CO₂-Ausstoß in die Atmosphäre.

Rücksichtsloses Gewinnstreben führt nicht nur in die ökologische Krise, sondern auch zur Vernichtung von Arbeitsplätzen, zu Lohn-dumping und zur Absenkung sozialer Standards. Wir sehen eine ständig tiefer werdende Spaltung zwischen Arm und Reich, nicht nur zwischen „erster“ und „dritter“ Welt, sondern auch innerhalb reicher Länder wie Österreich.

Diese Entwicklung führt zur Ausgrenzung von Menschen und zum Abbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Reaktionen auf diese Entwicklung zeigen sich in der Zunahme rechtspopulistischer sowie religiös-fundamentalistischer Bewegungen.

Es ist hoch an der Zeit, über Alternativen nachzudenken. Die technologische Revolution der letzten Jahrzehnte hat enorme Möglichkeiten geschaffen, das menschliche Leben zu verbessern. Längst wäre es möglich, Hunger und Elend auf der Welt zu beseitigen. Es wäre möglich, den Menschen ein Leben ohne Armut zu ermöglichen und die Erde zukünftigen Generationen als intaktes Ökosystem zu übergeben.

Die Wirklichkeit sieht anders aus. Das wollen wir ändern – **JETZT**.

Europa

Ja, unser Vorschlag beginnt mit Europa. Weil es mitten in Europa ohne nicht geht.

Rechtsstaat, Demokratie, die Freiheit, alles offen zu sagen und zu vertreten, das ist unser Europa.

Vor zehn Jahren war klar: offene Grenzen, gemeinsame Währung, Sicherheit mitten in der EU. Europa wächst zusammen zu einem Kontinent der Freiheit und der Sicherheit. Nach einem langen Weg in eine gemeinsame Zukunft ist wieder alles möglich. Heute mitten in Europa die alten Grenzen, morgen das Ende des Euro, übermorgen... Statt „gemeinsam“ heißt es von Budapest über Wien bis München immer öfter wieder „jede/r gegen jede/n“.

Vom Klimawandel bis zur Einwanderung wissen wir: Es gibt gemeinsame Lösungen – oder es gibt keine. Aber der nationalistischen Rechten ist das egal. Sie will an die Macht, um jeden Preis. Ihr Antrieb ist die Enttäuschung der Menschen, die sich in großen Krisen von der Politik alleingelassen fühlen. Von einem Europa, dem CETA und TTIP wichtiger sind als soziale Sicherheit und Gerechtigkeit, wenden sich immer mehr Menschen ab.

Wir müssen die EU vor ihrer Zerstörung retten. Aber das geht nur, wenn wir ihren Kurs ändern. Es gibt keine vernünftige Alternative zum Einstieg

- in eine Klimaunion mit einer europäischen CO₂-Steuer,
- in eine Sozialunion mit einer europäischen Arbeitslosenversicherung und einer Arbeitsagentur gegen grenzüberschreitendes Lohndumping,
- in die Budgetsolidarität durch die Besteuerung großer, gut versteckter Vermögen und steuerflüchtiger internationaler Konzerne – mit einem demokratisch gewählten Parlament, das die Gesetzgebung vom Rat übernimmt.

Wir brauchen ein europäisches Investitionsprogramm, das die Massenarbeitslosigkeit bekämpft, nachhaltiges Wirtschaften ermöglicht, eine Energiewende zur Bewältigung der Klimakrise einleitet und die öffentliche Daseinsvorsorge stärkt. Die Macht des Finanzsektors muss eingeschränkt werden. Kreditvergabe muss an eine Sozialcharta gebunden werden. Staaten, die EU-Geld erhalten,

müssen das Vermögen ihrer Reichsten besteuern, ihr Bankensystem regulieren und den Bestand von Sozialleistungen, Löhnen und Renten sichern.

Wir wollen innerhalb der EU die Demokratie, die Parlamente und die BürgerInnenbeteiligung (europäische BürgerInneninitiativen) stärken. Der Einfluss von Wirtschaftslobbys auf politische Entscheidungen muss kontrolliert und eingeschränkt werden. Und: Das Europäische Parlament muss deutlich aufgewertet werden, mit einem eigenständigen Initiativrecht für die Gesetzgebung und dem Recht, selbst die EU-Kommission und deren Präsidentin/Präsidenten zu wählen.

Europa stärken und die EU erneuern – **JETZT.**

Umwelt

Nach drei Jahrzehnten schwarzer Klimapolitik ist die Bilanz verheerend: Andere Staaten haben den Einstieg in den Umstieg geschafft. Österreich nicht. Österreich ist das klimapolitische Schlusslicht Europas.

Österreich wird das Ökosystem nicht im Alleingang retten. Aber ein kleines Land mit großen Ressourcen kann Vorbild sein. Wenn Österreich zeigt, wie sich Klimaschutz wirtschafts- und sozialverträglich gestalten lässt, werden andere Staaten folgen.

Das Problem der Erderhitzung ist mittlerweile so akut, dass es eine globale Bereitschaft gibt, gegen zu steuern. Das zeigen Solaroffensiven in China und Indien und das zeigt der Weltklimavertrag von Paris. Unsere Regierung aber orientiert sich vor allem an den kurzfristigen Interessen von Wirtschaftstreibenden, die sich im Wahlkampf als großzügige SpenderInnen erwiesen haben.

Der Regierung fehlt jeder Plan und jede ernste Absicht gegen zu steuern. Sie blockiert steuerliche Anreize, verzichtet auf gesetzliche Einschränkungen und konkrete Regulierungsmaßnahmen. Nach wie vor werden Diesel und Ölheizungen gefördert, die nachhaltige Energieerzeugung aber nicht ausreichend.

Wir brauchen eine ökologische Wende. Erste und notwendigste Maßnahme dazu ist die öko-soziale Steuerreform. Ihr Prinzip ist einfach: Steuern auf CO₂-Emissionen (CO₂-Ausstoß) rauf, Steuern auf Arbeit runter. Diese Steuerreform wird verweigert. Gegen jede Vernunft.

Wir brauchen zudem bis 2030 einen Totalausstieg aus fossiler Energie und aus dem Atomstrom. Wir brauchen den konsequenten Ausbau von Energiespeichersystemen, steuerlichen Förderungen alternativer Energiegewinnung und Treibstoffpreise, die den wahren Kosten entsprechen. Wir müssen den öffentlichen Verkehr genauso ausbauen wie die biologische Landwirtschaft.

Die ökologische Katastrophe lässt sich abwenden. Aber nur mit großer Entschlossenheit – **JETZT**.

Soziale Gerechtigkeit

Wer wenig hat, bekommt weniger, wer viel hat, bekommt mehr. Österreich steht am Kopf. Arbeit wird steuerlich bestraft, arbeitsloses Vermögen belohnt. Kinder werden mehr gefördert, wenn ihre Eltern genug verdienen. Ein Kind reicher Eltern ist der Regierung mehr wert, als ein Kind, dessen Eltern sehr wenig haben. Von Amazon und Google bis Airbus und Eurofighter werden Konzerne steuerlich verschont, weil das Steuergeld ja ohnehin von den Arbeitenden kommt.

250 Millionen Überstunden bei 360.000 Arbeitslosen zeigen, dass auch die Arbeit falsch verteilt ist. Trotzdem wird die Arbeitszeit verlängert – weil das ein paar Großindustrielle so wollen. Es wird Zeit für eine faire Umverteilung von Arbeit, Einkommen, Steuerbelastung und Lebenschancen.

Gerade für ein reiches Land wie Österreich gilt: Mehr Gerechtigkeit ist möglich. Aber die Regierung will nicht. Wir haben alles: natürliche Ressourcen von Wasser bis Energie; gut ausgebildete Arbeitskräfte; innovative Unternehmen; funktionierende Infrastrukturen und einen funktionierenden Rechtsstaat. Österreich ist eines der reichsten Länder der Welt und könnte so viele Probleme selbst lösen: Kinderarmut, Integration, Gleichberechtigung. Es fehlt nur

eines: eine Politik, die die österreichischen Chancen nützt. Bei uns sind Armut und Chancenlosigkeit, Unterversorgung in Bildung und Gesundheit, die Folge falscher Politik.

Wir wollen das reiche Österreich „armutssicher“ machen, mit einem gesetzlichen Mindestlohn zur Finanzierung eines würdigen Lebens ohne Armut in ganz Österreich, ein Grundeinkommen für Minderjährige und einen Rechtsanspruch auf kostenfreie Kindertagesbetreuung abgestimmt auf flexibel deregulierte Arbeitszeiten, sowie die Anhebung der Ausgleichszulage. Kampf gegen die Armut.

In einem der reichsten Länder der Welt ist mehr als eine Million Menschen armutsgefährdet. Hunderttausende von ihnen sind Kinder. Eine Regierung, die Kinderarmut beseitigen will, kann das sofort tun. Eine schnelle Reparatur des Unterhaltsgesetzes – und mehr als 70.000 Kinder und ihre Mütter sind aus der Armutsfalle gerettet.

Das Geld ist da, es fehlt nur der politische Wille. Wir wollen den nationalen Aktionsplan gegen Kinderarmut – **JETZT**.

Wirtschaft

Seit Jahren diktiert das Dogma neoliberaler Deregulierung die österreichische Wirtschaftspolitik. Sie orientiert sich nur noch am Ziel der Preisstabilisierung, der Sozialstaat wird abgebaut und die öffentliche Hand zieht sich zurück aus der Bereitstellung lebenswichtiger Leistungen.

Bislang hat der Neoliberalismus allerdings zu keiner Vermehrung des allgemeinen Wohlstandes geführt.

Vielmehr hat die Polarisierung der Einkommensverteilung zwischen Arbeit und Kapital in Österreich deutlich zugenommen. Wir fordern deshalb eine Re-Regulierung des Finanzsektors. Durch eine Trennung von Investment- und Geschäftsbanken sowie durch eine Finanztransaktionssteuer zur Vermeidung spekulativer Blasen, durch eine Abkehr von der europäischen Austeritätspolitik und eine Änderung in der Lohn- und Verteilungspolitik – **JETZT**.

Steuern

Wir streben eine Umverteilung der Steuerlast an. Unser Ziel ist eine geringere Besteuerung von Arbeit und eine faire Besteuerung von Konzerngewinnen, Kapitaleinkommen und großen Vermögen.

Wir wollen eine deutliche Herabsetzung der Sozialversicherungsbeiträge, um auch niedrige Einkommen zu entlasten. Gerade von höheren Einkommen lassen sich im Gegenzug mehr Steuern im Sinne des Leistungsfähigkeitsprinzips einfordern.

Wir wollen eine höhere Besteuerung der zehn Prozent in unserem Land, die über das meiste Vermögen verfügen – insbesondere durch eine Wiederbelebung der Erbschafts- und Schenkungssteuer. Wir wollen eine angemessene Besteuerung von Gewinnen und werden entschieden gegen Steuerdumping und Steuerflucht von Großkonzernen ankämpfen.

Wir wollen Steuergerechtigkeit und eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten als wesentlichen Schritt hin zum sozialen Ausgleich – **JETZT**.

Arbeit

Nicht nur aufgrund ungleicher Chancen stellt Arbeit für die meisten eine Notwendigkeit dar – verbunden mit Mühsal und Leid, jedoch nicht mit Selbstverwirklichung und Erfüllung. Dennoch ist sie ein unverzichtbares Moment der sozialen und politischen Existenz des Menschen. Das Recht auf Arbeit ist entgegen aller unstimmgigen Lobeshymnen auf die „Befreiung von Arbeit“ auch weiterhin ein grundsätzliches Recht und muss als Grundrecht in die Verfassung.

Wir sind deshalb gegen Flexibilisierungsmaßnahmen, die den ArbeitnehmerInnenschutz aushöhlen und die Beschäftigten vom Gutwillen der ArbeitgeberIn abhängig machen.

Wir wollen die Arbeitnehmerrechte stärken, Ausbeutung bekämpfen und prekäre Beschäftigungsverhältnisse eindämmen. Wir wollen den Menschen mehr Zeit für sich selbst, ihre Familien und für ihre

eigene Weiterentwicklung durch eine Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich schaffen – **JETZT**.

Gleichbehandlung

Jeder Mensch soll unabhängig von Geschlecht, nationaler oder sozialer Herkunft, Sprache, Religion oder sexueller Orientierung gleiche Rechte und Bedingungen vorfinden. Jeglicher Diskriminierung ist entschieden entgegen zu treten.

Wir setzen uns für eine vollständige Einkommens- und Lohntransparenz auf allen Ebenen in Ausschreibungen und Einkommensberichten und für wirksame Maßnahmen bei Nicht-Einhaltung ein. Frauen verdienen gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Darüber hinaus brauchen wir einen qualitativen und quantitativen Ausbau von Kinderbetreuung, damit allen Personen, unabhängig vom Geschlecht, gleiche Teilhabe am Berufsleben und an der Gesellschaft möglich ist.

Wir fordern den bestmöglichen Schutz vor geschlechterspezifischer Gewalt. Plätze in Frauenhäusern müssen aus- nicht abgebaut und Gewaltschutzprojekte finanziert werden. Exekutivbeamte müssen entsprechend sensibilisiert werden.

Gewalt und Hass im Netz sind entschieden entgegen zu treten – hier sind gesetzliche Rahmenbedingungen gefordert, die es Opfern ermöglicht, sich zur Wehr zu setzen.

In Österreich gibt es 310.000 Alleinerziehende. Wir brauchen den schnellen Ausbau von Kinderbetreuung, damit auch Alleinerziehenden ein Berufsleben und die Teilnahme an der Gesellschaft möglich sind. Die meisten davon sind Frauen und viele sind mit Armut und Ausgrenzung konfrontiert. Keine Mutter soll in Armut leben müssen – **JETZT**.

Gesundheit und Pflege

Gesundheitsprobleme und Pflegesituationen kommen für die Betroffenen und ihre Angehörigen in der Regel überraschend.

Plötzlich gibt es eine ungünstige Diagnose, auf einmal kann man nicht mehr alles erledigen. Dann ist es Aufgabe des Staates, unterstützend tätig zu werden. Sinnvolle Unterstützung besteht anfangs aus seriöser Information aus erster Hand und aus einer zentralen Anlaufstelle, die dann das Nötige veranlasst und die den Prozess der Heilung oder Pflege begleitet.

Deshalb sprechen wir uns für ein Gesundheits- und Pflegesystem aus, das ausreichend öffentlich finanziert ist und das die notwendige zentrale Steuerung mit einer passgenauen Versorgung vor Ort verschränkt. Der Zugang zu Gesundheit und Pflege darf keinesfalls von Einkommen und Vermögen der Betroffenen oder ihrer Angehörigen abhängen. Es braucht auch verbindliche Pflegestandards, die in ganz Österreich für alle gleich gelten.

Wer im sozialen Bereich arbeitet, widmet sich seinen Aufgaben mit seiner ganzen Persönlichkeit, jeden Tag. Das muss entsprechend entlohnt und sozial abgesichert werden.

Und das bedeutet, neben der festen Anstellung für die 24-Stunden Pflege, eine deutliche Verbesserung der Entlohnung – **JETZT**.

Wohnen

Das Recht auf leistbares Wohnen als Grundrecht für alle scheint in den vergangenen Jahren in Vergessenheit geraten zu sein. Heute wird unter Wohnung nicht mehr der Raum zur Befriedigung elementarer Wohnbedürfnisse verstanden. Die Wohnung ist vielmehr zum Anlageprodukt geworden, zum „Betongold“, mit dem hervorragend Gewinne lukriert werden. Diese Anlageform ist aufgrund der beschränkten Verfügbarkeit von Grund und Boden besonders geeignet, neben laufenden Erträgen und aufgrund der raschen Steigerung der Immobilienpreise zusätzliche „Spekulationsgewinne“ zu erzielen.

Wir fordern daher vehement ein Recht auf leistbares Wohnen. Wohnraum darf nicht nach Wünschen der Kapitalanlage geschaffen und erhalten werden. Deshalb fordern wir eine neu gestaltete Besteuerung von Immobilienerträgen, die sich an der Bodenpreisentwicklung orientiert und daraus entstehende leistungslose Einkommen abschöpft.

Weiters fordern wir strikte Mietzinsobergrenzen und die Möglichkeit zur Befristung von Mietverhältnissen nur in begründeten Ausnahmefällen.

Aufgrund der Situation am „Wohnungsmarkt“ besteht enormer Bedarf nach Wohnraum zu leistbaren Preisen. Um einer „marktmäßigen“ weiteren Bodenpreissteigerung entgegenzuwirken, ist es dringend notwendig, auf eine am Gemeinwohl orientierte Raumordnung und Flächenwidmung umzustellen. Neue Widmungen dafür dürfen nur mehr im Zusammenhang mit „preisdämpfenden“ Maßnahmen erfolgen. Dazu gehört ein Bekenntnis zum sozialen Mietwohnungsbau, der kostengünstige Grundstücke benötigt, um leistbare Neubauwohnungen herzustellen. Ein bestimmter Anteil der für Wohnbau gewidmeten Flächen braucht dafür bloß dem sozialen Wohnungsbau vorbehalten werden.

Widmungsgewinne, die von Liegenschaftseigentümern aufgrund unterschiedlicher Investitionen der öffentlichen Hand (Standortverbesserung, Infrastruktur, Verkehrsanbindung, etc.) lukriert werden, müssen durch entsprechende Besteuerung abgeschöpft und die Mittel dem sozialen Wohnbau zur Verfügung gestellt werden.

Und: Die Zweckwidmung der Wohnbauförderungsmittel für den sozialen Wohnungsbau ist wiederherzustellen – **JETZT**.

Digitalisierung

Umwälzungen durch die Digitalisierung betreffen uns alle und sind weitreichender als bislang erkennbar. Alltag und Leben werden immer stärker von der digitalen Welt durchdrungen. Robotisierung, Internet der Dinge, Künstliche Intelligenz und andere Technologien verändern den Arbeitsmarkt und sind Grundlage neuer, innovativer Geschäftsmodelle. Dieser Umstand birgt Chancen und Gefahren – es gilt unternehmerisches Handeln zu fördern und gleichzeitig Rahmenbedingungen zu schaffen, die Monopolbildungen verhindern.

Der Schutz der Privatsphäre muss nicht nur in der realen Welt, sondern auch im digitalen Raum umfangreich gesichert werden. Hierfür braucht es gezielte Investitionen in die Forschung an

entsprechenden Lösungen, technologische und sicherheitspolitische Maßnahmen, sowie die rechtliche Stärkung der individuellen Datensouveränität.

Neue Technologien sind komplex. Noch komplexer sind deren Auswirkungen auf unsere Gesellschaft, da sie nahezu alle Lebensbereiche betreffen werden. In den letzten Jahren haben zahlreiche Länder dafür Strategien verabschiedet, spezielle Budgets beschlossen und eigene Abteilungen gegründet. Es braucht auch in Österreich ein strategisches Vorgehen. Politik, Wirtschaft und Wissenschaft müssen sich mit dem Menschen im Mittelpunkt der Entwicklung stellen – **JETZT**.

Bildung

Die österreichische Bildungspolitik soll so gestaltet sein, dass der Bildungsweg von Kindern nicht abhängig vom Kontostand der Eltern ist. Das Ziel sollte sein, ihnen eine reiche Welterfahrung und Bildung zu ermöglichen, welche sie zu mündigen Menschen macht. Dafür braucht aber das verkrustete und bürokratische Schulsystem mehr Autonomie für Schulen, Lehrerinnen und Lehrer.

Neben den Grundkompetenzen wie Rechnen, Lesen und Schreiben sind Fähigkeiten wie kritisches Denken, Kreativität und Teamfähigkeit im Digitalen Zeitalter wichtiger denn je. Technische Hilfsmittel müssen in den Schulen zielgerichtet eingesetzt werden und ein selbstbewusster Umgang mit diesen muss erlernt werden.

Vor allem in Ballungszentren müssen die Integrationsmaßnahmen an den Schulen verstärkt werden. Es braucht zusätzlich zum Regelunterricht verpflichtende Deutschkurse für Kinder mit unzureichenden Sprachkenntnissen und eine verstärkte Elternarbeit. Wir sind entschieden gegen getrennte Deutschförderklassen an Schulen, da sie zur Spaltung unserer Gesellschaft beitragen. Wir sind für die individuelle Förderung – unter dem Dach der gemeinsamen Schule. Bis zum Ende der Schulpflicht wollen wir keine Differenzierung in Schultypen.

Um frühzeitig eine ethische Entwicklung zu ermöglichen, muss ein gemeinsamer konfessionsunabhängiger Ethikunterricht für alle Kinder ab der Volksschule verpflichtend werden – **JETZT**.

Kultur

Verschiedene Daseinsentwürfe führen zu unterschiedlichen Kulturen und eröffnen uns dadurch immer neue Perspektiven. Ein anhaltender Verlust von Differenzen wäre ein Verlust an der Gesamtsicht, weil uns die Welt nur durch die kontinuierliche Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Perspektiven begreifbar wird. Einseitigkeiten der Weltsicht führen zu Xenophobie und Realitätsverlust. Wir setzen uns deshalb für einen weltoffenen Kosmopolitismus ein und wollen ein eigenständiges Haus der Kulturen als Bundesmuseum. Aufgabe der Politik ist es daher, Möglichkeiten bereitzustellen, sich nach den kulturellen Bedürfnissen zu betätigen. Je mehr wir unsere Lebensweisen selbst bestimmen, desto mehr werden wir auch politisch entscheidungsfähig. Kultur von allen – **JETZT**.

Medien

Bei schrumpfenden Verkaufszahlen und einstürzenden Werbeerträgen zählt jeder Euro aus öffentlichen Förderungen und Inseraten doppelt. Immer wieder nutzen Regierungen diese schwierige Lage aus und erwarten für öffentliche Unterstützung Gegenleistungen. Gleichzeitig bleibt auch der ORF im Griff der Regierungspolitik.

Auch in den Medien geht es jetzt um die politische Macht. Wie in Ungarn versuchen „InvestorInnen“ aus dem Umfeld des Kanzlers Zeitungen zu übernehmen. Wie in Ungarn beginnt die Umfärbung des ORF. Propaganda statt Berichterstattung, Einfalt statt Vielfalt, darauf setzt die Medienpolitik des Rechtsblocks.

Es gibt keine Demokratie ohne freie Medien. Die Verteidigung der Pressefreiheit ist eine der Hauptaufgaben der Opposition.

Wir wollen Presseförderung statt Pressebelohnung. Ein Bewertungssystem, das die Förderung der politischen Willkür entzieht. Und wir wollen einen unabhängigen ORF, mit unabhängigen StiftungsrätInnenen – **JETZT**.

Sicherheit

Jede Gesellschaft braucht klare Spielregeln, die uns Entfaltungsmöglichkeiten sichern. Sie ermöglichen größtmögliche persönliche Freiheit für eine größtmögliche Anzahl an Menschen. Ohne Sicherheit keine Demokratie, keinen Wohlstand und keine Freiheiten. Eine offene und freie Gesellschaft wird sich daher gegen Angriffe von außen oder innen verteidigen. Mit ihrer Bildungs- und Sozialpolitik, mit Integrations- und Sicherheitspolitik.

Konsequent und rechtzeitig müssen wir vor allem die Entwicklung von Extremismus verhindern. Auch durch die Stärkung der einschlägigen Sicherheitsbehörden. Politischer, weltanschaulicher und religiöser Extremismus sind die Feinde der offenen und freien Gesellschaft. Unsere Sicherheit baut auf Rechtsstaatlichkeit. Ohne Hetze und ohne das Schüren von Angst.

Hassprediger und Erdogan-Spitzel sind GefährderInnen unserer Sicherheit. Sie haben bei uns nichts verloren. Eine Regierung, die gut ausgebildete und integrierte Flüchtlinge abschiebt und an ihrer statt Hassprediger behält, schadet Wirtschaft, Sicherheit und dem menschlichen Miteinander in gleichem Maß.

Um die persönlichen Freiheiten im Land zu sichern, brauchen wir den Schutz vor Massenüberwachung im Verfassungsrang, die Evaluierung aller bestehenden Überwachungsgesetze und gegebenenfalls deren Aufhebung. Unsere Privatsphäre muss aber auch im digitalen Raum gesichert werden. Neue Technologien erleichtern unser Leben, gefährden es aber auch. Sie eröffnen neben der Erweiterung von Kommunikation und Wissenszugängen auch neue Dimensionen der Kontrolle und Überwachung.

Wir brauchen: Transparenz und Rechtssicherheit durch sichtbare Dienstnummern. Vor allem aber brauchen wir eine Polizei und einen

Verfassungsschutz, die vor politischem Missbrauch geschützt sind – egal, welche Partei das Ressort leitet – **JETZT**.

Asyl und Migration

Die Themen Migration und Gewährung von Asyl lähmen und spalten die europäische Gesellschaft. Sie stellen uns vor Herausforderungen, die wir nur gemeinsam lösen können. Lösungen aber sind möglich. Dazu ist es wichtig, die Dinge auseinander zu halten. Für den Rechtsblock sind politisch und religiös Verfolgte, Kriegsflüchtlinge und EinwanderInnen nur eines: Feindbilder. Er bekämpft Symptome, nicht aber die Ursachen.

Asyl:

Niemand verlässt seine Heimat ohne triftigen Grund. Deshalb ist das Problem bei der Wurzel zu packen: bei den Ursachen der Flucht. Die Regierung redet zwar von Ursachenbekämpfung, tut aber nichts. Im Gegenteil. Sie senkt die finanziellen Mittel humanitärer Hilfe vor Ort, statt sie zu erhöhen. Sie verteidigt die einseitige europäische Handelspolitik statt umzudenken und für eine Handelspolitik zu sorgen von der auch die ärmeren Regionen profitieren. Subventionierte Lebensmittel der EU zerstören die lokalen Strukturen in Krisengebieten. Das bedeutet Gewinnmaximierung auf Kosten von Menschen, die zu Hause ihre Perspektiven verlieren. Und wo bleibt die humanitäre Hilfe für die Nachbarländer von Krisenregionen, die Flüchtenden vor Ort Schutz bieten könnten?

Wer vor Krieg, politischer oder religiöser Verfolgung flüchtet, hat ein Menschenrecht auf Schutz. Damit die Flüchtenden nicht in die Hände von Schleppern gelangen, müssen sie vor Ort Asyl beantragen können. Und wer in Österreich Asyl beantragt, muss sicher sein, dass nach einem fairen und rechtsstaatlichen Verfahren von höchstens sechs Monaten über den Antrag entschieden wird. Wird der Antrag abgelehnt, müssen die Betroffenen zurück in ihre Heimatländer. Wenn es nicht anders geht auch gegen ihren Willen. Menschenrechtskonform und unter Einhaltung europäischer Standards. Verbindliche Rückführabkommen mit Drittstaaten und gezielte Förderungsmaßnahmen vor Ort geben Menschen, die aus Sorge um ihre Zukunft die Heimat verlassen, eine Perspektive.

Migration:

Österreich braucht wie Europa klare Regeln für den Zuzug. Möglichkeiten der legalen Migration reduzieren die irreguläre Migration. Die Einwanderung muss sich an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes orientieren und darf nicht zum Absenken sozialer Standards führen. Dafür muss die „Rot-Weiß-Rot-Karte“ reformiert und von Bürokratie befreit werden. Sie muss jedenfalls für alle zugänglich sein, die sich bereits erfolgreich in einem Mangelberuf oder einer Lehre integriert haben.

Zur Regelung der Migration braucht Europa Grenzen, die es gemeinsam schützt und sichert – **JETZT.**

Integration

Gelungene Integration entscheidet über unser friedliches Zusammenleben und damit über die Zukunft unserer Gesellschaft. Ihr Schlüssel liegt in der Bildung. Sprachförderungen und maßgeschneiderte Begleitung führt zur raschen Inklusion und Teilhabe am Berufsleben und an der Gesellschaft. Geschulte Pädagoginnen und Pädagogen sowie entsprechende Aufstockung der Ressourcen an Brennpunktschulen sind lohnende Investitionen. Beschäftigungsmöglichkeiten erleichtern den Erwerbsfähigen sich selbst eine Zukunft aufzubauen und ein selbstbestimmtes Leben in unserer Gesellschaft führen zu können.

Integration darf jedenfalls nicht durch politischen und religiösen Extremismus gefährdet werden, sie muss über die Institutionen eines säkularen Staates gewährleistet werden.

Jede Hilfe zur Selbsthilfe verlangt von den Menschen das Bekenntnis, Teil unserer Gesellschaft werden zu wollen und dazu selbst einen Beitrag zu leisten, ihre Rechte und Pflichten zu kennen und Gesetze zu respektieren.

Integration muss über ein eigenes Ressort alle Bereiche umfassen. Vom Kindergarten bis in den Arbeitsmarkt – **JETZT.**

Demokratie

Die repräsentative Demokratie sollte ein Ausgleich von Interessensgegensätzen sein. Dazu gehört aber die Rücksichtnahme auf Minderheiten. Immer öfter und deutlicher wird Demokratie als Herrschaft der Mehrheit über Minderheiten missverstanden und instrumentalisiert.

Auch die partizipative Demokratie, die möglichst viele Bürgerinnen und Bürger in politische Entscheidungsprozesse einbindet, muss sich dessen bewusst werden. Die Teilnahme möglichst vieler an wichtigen gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen ist unabdingbar. Andernfalls bestimmen Wenige über Viele. Diese Teilnahme setzt aber Erfahrung und Übung auf allen Ebenen voraus. In den Betrieben und Vereinen und in Schulen. Direkte Beteiligung an Entscheidungen sollte zuerst und vor allem lokal verwirklicht werden. Wir sind daher für eine politische Stärkung der Kompetenzen von Gemeinden und deren Autonomie.

Es geht darum, möglichst viele Bürgerinnen und Bürger in den Vorbereitungsprozess politischer Entscheidungen mit einzubeziehen, und es geht darum, über alle gesellschaftlichen Organisationen hinweg alle Möglichkeiten der politischen Teilhabe zu nutzen und auszubauen. Wir wollen die verstärkte Demokratisierung von Arbeit, Leben und Politik – **JETZT.**

Rechtsstaat

Der Rechtsblock ist die größte Gefahr für den Rechtsstaat. Wo Rechte regieren, verfolgen sie ein Ziel: mit allen Mitteln an der Macht bleiben. Dazu baut sie den Staat um, in Budapest und Warschau, in Rom und Wien. Sie beginnt immer bei Polizei, Justiz und Medien. Rechtsextreme Innenminister, die früher selbst vom Verfassungsschutz überwacht wurden, drehen den Spieß um. Sie machen den Verfassungsschutz zum Regierungsschutz, färben die Höchstgerichte um und versuchen, Medien auf Linie zu bringen.

Die geltende Rechtsordnung braucht Organe ihrer effizienten Durchsetzung, die ordentliche Gerichtsbarkeit ist ebenso wie ein gut ausgebildeter und gut organisierter Sicherheitsapparat unab-

dingbar. Wir setzen uns ein für einen niederschweligen Zugang zur Justiz (Senkung der Gerichtsgebühren, Reform der Verfahrenshilfe), für die verbesserte Ausbildung der Richterinnen und Richter, für die Einführung von effektiven Sammelklagen und des Sammelvergleichs bei Massenschäden – **JETZT**.

Kontrolle

Bis heute ist die Strafjustiz in Großprozessen von Telekom bis Eurofighter mit der Aufarbeitung der Korruption von Schwarz-Blau I beschäftigt. Die ersten sechs Jahre Schwarz-Blau haben unsere Steuerzahler fast 20 Milliarden Euro gekostet. Innenministerium. Grasser. Telekom. BUWOG. Hypo Alpe Adria. Novomatic. Eurofighter. BVT. Das ist „Regieren“ von Schüssel bis Kurz, von Haider bis Strache.

Korruption kostet Milliarden. Vor allem aber zerstört sie Vertrauen. Wo die ÖVP mit der FPÖ regiert, ist beides in Gefahr: Steuergeld und öffentliches Eigentum.

Es gibt aber einen Ort, der das Schlimmste verhindert. Das Parlament mit seiner Kontrolle. Wir sind Kontrolle. Und wollen:

1. mehr StaatsanwältInnen unter einem/r vom Parlament gewählten GeneralstaatsanwältIn;
2. die Parteibuchwirtschaft sowie verdeckte Parteienfinanzierung und Vergabebetrug als strafbare Delikte verankern;
3. die Abschaffung des Amtsgeheimnisses und die Einführung eines BürgerInnenrechts auf Information, um amtliche Vorgänge für alle transparent und nachvollziehbar zu machen;
4. die Halbierung der Parteienfinanzierung;
5. ein Verbot von Parteispenden über 100.000 Euro – Großindustrielle sollen sich keine Parteien kaufen dürfen.

Das wollen wir – **JETZT**.

Jetzt

Die parlamentarische Arbeit der letzten zwölf Monate hat uns gezeigt, dass unsere Anfragen und Anträge, dass unsere Arbeit für mehr Kontrolle und Transparenz sowie für Verteilungsgerechtigkeit sinnvoll und wichtig ist. Wir stehen für ein stärkeres und selbstbewussteres Parlament, das unabhängig von der Regierung Gesetze und Budgets verhandelt, beschließt und kontrolliert.

Auf der einen Seite steht der Rechtsblock. Er will die Macht, auf Dauer, weit über die nächste Wahl hinaus. Dazu baut er Österreich um, von Höchstgerichten und Verfassungsschutz bis zu Sozialversicherungen und Universitäten. Funktionäre, die vor kurzem noch als Verfassungsfeinde überwacht wurden, kontrollieren heute den Verfassungsschutz – und morgen das ganze Land.

In seinem wirtschaftlichen und sozialen Kern ist der Rechtsblock unsozial. In seinem Umgang mit Rechten und Freiheiten ist er autoritär. Türkis ist die Tarnfarbe, unter der sich Schwarz und Blau vermischt haben.

Auf der anderen Seite hat die Sammlung der Kräfte erst begonnen. Diese Regierung braucht Opposition.

Dafür sind wir gewählt. Und das tun wir – **JETZT**.

<https://nr-klub.jetzt>
<https://partei.jetzt>

